

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. Rose, Haasenstein & Vogler A. G.,
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Verantwortlicher Redakteur:
E. Fontane
in Posen.

Nr. 149

Die "Posener Zeitung" erscheint wöchentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
 ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 29. Februar.

1892

Deutscher Reichstag.

182. Plenarsitzung vom 27. Februar, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Ueberreitkommen gestattet.)

Der Sitzung wohnt in der königl. Loge Prinz Heinrich bei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt

Abg. Moeller (nl.) seine frühere Behauptung, daß Redakteur Zusang 30 Strafen wegen Verleumdung erlitten habe, als technisch irrtümlich zurück, da die Vorstrafen aus anderen Anlagen gründen ertheilt seien.

Sodann wird die zweite Etatsberathung fortgesetzt mit dem Marineetat.

Die Kapitel "Marinekabinett", "Oberkommando", Reichsmarineamt, Seewarte und Observatorien werden debattierlos bewilligt.

Bei dem Kap. "Station-Intendanturen" bringt

Abg. Mehger (S.-D.) die Maßnahmen der Soldaten zur Sprache, welche in der Marine mit einem gewissen System ausgeübt werden. Redner führt eine solche Misshandlung auf dem Schiffe "Mars" an, welche darin bestanden habe, daß ein Matrose zwei Stunden lang an einem Tau, das vom Bord des Schiffes herabhängt, hängen gelassen wurde, lediglich weil er sich von der Arbeit gebrückt haben sollte. Außerdem rügt Redner die Lynchjustiz, welche die Matrosen gegen ihre ungeschickten Kameraden übten, und welche in Schlägen mit einem dicken Tauende bestehet. Ein solcher Fall sei auf dem Schiff "Oldenburg" vorgekommen. Doch seien solche Fälle durchaus nicht vereinzelt. Vize-Admiral von Henf führte das in seinem Werke über die Marine aus. Die Exekutionen wurden unter Absingung des Liedes: "Wir winden Dir den Jungfernfranz" ausgeführt, um die Schmerzensschreie zu ersticken, während die Offiziere an der Mittagstafel sitzen.

Staatssekretär Hollmann: Wir ist von den beiden erwähnten Fällen nur der zweite bekannt. Über die Bildung und Vollstreckung der Strafen bestehen ganz bestimmte Vorschriften, nach Guodenken dürfen keine Strafen vollstreckt werden. Eine Strafe, wo ein Mann an einem Tau heruntergelassen wird, existirt nicht. Aber zu Zwecken der Schiffssicherung muß manchmal ein Mann an einem Tau heruntergelassen werden, wenn eine Stelle der Schiffswand nicht auf andere Weise zu erreichen ist. An Bord S. M. Schiff "Oldenburg" ist allerdings an drei Mann die Strafe vollstreckt worden, von der der Vorredner zum Schluss sprach (hört! hört!), eine Strafvollstreckung im Sinne der Mannschaft, aber auch nicht eine erlaubte Strafe. Dort kamen häufig Urlaubserlaubnisse vor. Trotz mehrfacher Warnungen erklärten drei Mann, sie würden zum Trocknen den Urlaub überschreiten, so viel es ihnen möglich wäre. Darauf wurden diese drei Mann von ihren Kameraden auf dem Verdeck durchgeprügelt, aber auf so grausame Art, wie der Vorredner es geschildert hat, nicht. Wunden, blaue Flecken haben die Leute nicht gehabt (Lachen bei den Sozialdemokraten). Selbstverständlich wird eine Untersuchung eingeleitet und die Schuldigen bestraft werden!

Abg. v. Henf (dksn.) berichtet den Abg. Mehger dahin, daß die angezogenen Schilderungen aus dem Marineleben nicht von ihm, sondern vom Admiral Werner geschrieben seien.

Abg. v. Vollmar (Soz.): Durch den bloßen Umstand, daß die Offiziere den Leuten androhen, der ganzen Mannschaft würde der Urlaub entzogen, wenn einige Matrosen ihn überschritten, wird die Mannschaft aufgereizt. Denn es ist doch ungerecht, den Unschuldigen mit dem Schuldigen zu bestrafen. Der Staatssekretär hat, anstatt die Röhheit zu missbilligen, eine Reihe von Entschuldigungsgründen angeführt. Was hätte denn den Leuten passieren sollen? Hätten Ihnen die Knochen herausgehauen werden sollen? Eigentümlich ist es doch, daß während sonst die Disziplin beim Militär so ungeheuer groß ist, die ausdrücklichen Willenserklärungen des militärischen Oberen bezüglich der Misshandlungen missachtet werden. Das liegt zum großen Theil an dem Mangel an genügender Aufsicht seitens der Offiziere. In der That muß an diesem Punkt angezeigt werden. Ist doch sogar in einem konservativen Blatt der Vorschlag gemacht worden, daß jeder Kommandeur, in dessen Truppe eine Misshandlung vorkommt, sofort abgesetzt würde. (Widerspruch rechts.) Angefischt der wiederholten Meinungsäußerungen des Kaisers muß man es fragegestellt den Offizieren zum Bewußtsein bringen, daß es ehrlos ist, einen Wehrlosen in dieser Art zu peinigen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kap. "Rechtspflege" wird die Stelle eines Auditeurs (4050 M.) und die entsprechende Forderung für Schreibmaterialien (180 M.) gestrichen.

Bei Kapitel 51 (Militärpersonal), Titel 1, Admiral.

Abg. Mehger (Soz.) fragt den Staatssekretär, ob ihm bekannt sei, daß im Sommer, wo der Bedarf an Mannschaften größer sei, als im Winter, Mannschaften für Privatfirmen zu Kohlenarbeiten und für Güterbesitzer zu Entarbeiten abkommandiert würden.

Staatssekretär Hollmann erklärt, daß ihm kein solcher Fall bekannt sei. Es sei vollkommen ausgeschlossen, daß für private Zwecke Marinemannschaften verwendet würden.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel 2 "Seeoffizierkorps" beantragt die Kommission, von den geforderten 1744 800 M. 22 080 M. vermittelst einer Veränderung in der Form der Stellenvermehrung abzuweichen.

Der Titel wird nach dem Kommissionsantrage ohne weitere Debatte angenommen.

Zu Titel 6 "Deckoffiziere", der für eine Personalvermehrung um 58 Stellen eine Mehrforderung von 96 900 M. enthält, liegt ein **Autrag Richter** vor, nur 29 neue Stellen und dem entsprechend statt der verlangten 1 155 600 nur 1 079 850 M. Die Abstriche sollen vorgenommen werden bei den Stellen von Deckoffizieren der Werftdivisionen und der Matrosendivisionen, deren Vermehrung zusammenhängt mit der beachtlichen Personalvermehrung der Werft- und Matrosen-Divisionen überhaupt, zu welchen bei den entsprechenden späteren Titeln gleichfalls vom Abg. Richter Abstriche beantragt werden.

Abg. Richter (Bfr.): Der Etat verlangt eine Vermehrung des Militärpersonals für die Marine von im Ganzen 1137 Köpfen, eine so starke Vermehrung in einem einzelnen Jahre, wie sie meines Wissens niemals vorher verlangt ist. Wir wollen nur 224 Köpfe mehr bewilligen, das Mehr für die Verstärkung der Torpedobatterie und des sonstigen Torpedowesens und das Plus an Seefahrt für die Verstärkung des Offizierkorps. Über auch diese 1187 Mann sollen blos die erste Rate in der Verstärkung des Militärpersonals sein. Mit der Verstärkung der Torpedobatterie ergibt sich ein Plus für die nächsten 4 Jahre von etwa 4000 Mann und auch diese sollen nur die Personalvermehrung umfassen, die die bereits im Bau befindlichen Schiffe betrifft. Wenn es nach der Absicht der Regierung geht, so würden in den nächsten vier Jahren noch zu bauen sein: 4 Panzerfahrzeuge, 5 Kreuzerforvetten und mehrere Kreuzer und Alvos. Ich trete also wohl nicht, wenn ich die gesamte Personalvermehrung für die nächsten 4 Jahre auf 5 bis 6000 Köpfe veranschlage. Nun ist allerdings in der Kommission gesagt worden, daß man mit der jetzigen Bewilligung sich für das nächste Jahr nicht bindet. Aber tatsächlich wird es schwer sein, wenn man einmal A gesagt hat, in den weiteren Buchstaben inne zu halten.

Diese umfassende Verstärkung des Personals ist auch in keiner Weise geboten. Durch den neuen Gründungsplan für die Flotte, der seit 1888 89 in Ausführung ist, damals, als es sich um Bewilligung der ersten Rate für die neuen Panzerschiffe handelte, wurde auf die Frage, welche Konsequenzen die Ausführung des Planes haben würde für die Personalverstärkung, die Erklärung gegeben, daß der neue Flottengründungsplan gar keine Verstärkung der Matrosendivision zur Folge haben werde; man werde auskommen mit jeder Verstärkung von 300 Mann jährlich, die schon von 1887 an in Aussicht genommen war für die nächsten fünf Jahre. Außerdem sollte eine Verstärkung von 1017 Mann für Unteroffiziere u. s. w. eintreten.

Die Personalvermehrung wird durch die Bedürfnisse des Krieges und durch die Bedürfnisse für die Friedensaufgaben der Flotte für den politischen Dienst in den überseeischen Gebieten zu begründen versucht. Zunächst muß ich ablehnen jede Personalverstärkung für die Formation einer neuen Kompanie Matrosenartillerie für die Friedensbesatzung in Helgoland. Diese kann, soweit es erforderlich ist, aus den bereits vorhandenen zehn Kompanien Matrosenartillerie oder aus der Küstenartillerie, d. h. der Fußartillerie des Landheeres, gestellt werden.

Die Kommission selbst hat sodann bei dem Titel "Indiensthaltung" beschlossen, alle Mehrforderungen dafür abzusehen. Die Konsequenz davon wäre, auch das Plus an Mannschaften abzusehen, welches in der Voraussetzung einer weiteren Indiensthaltung der Schiffe gefordert wird. Die Kommission hat diese Konsequenz aber nicht gezogen. Die Personalvermehrung wurde beschlossen, ehe man an den Abstrich bei der Indiensthaltung ging. Ze weniger Schiffe in Dienst zu halten sind, desto weniger Mannschaften sind aber erforderlich. Es müßten dafür allein 461 Mann abgesetzt werden. Außer diesen und den 157 Mann Besatzung für Helgoland beantragen wir noch weitere 295 Mann zu streichen. Es handelt sich hier um Kadres für die sog. Schlachtflotte und für die Kreuzerflotte, die verwendet werden soll in den heimischen Gewässern. Während nach den bisherigen Grundsätzen die Friedenskadres auf $\frac{1}{4}$ bzw. $\frac{1}{3}$ bei der Matrosenabteilung und beim Maschinenvorpersonal auf $\frac{1}{2}$ bemessen waren, wollen Sie nun eine Erhöhung auf die Hälfte bei den Matrosen und auf $\frac{2}{3}$ beim Maschinenvorpersonal. Das soll mit Rücksicht darauf erforderlich sein, um beim Ausbruch des Krieges die Kriegsschiffe rascher kriegsfähig zu machen. Aber wenn es auch richtig ist, daß für die Kriegsbesatzung der Schlachtflotte stärker Friedenskadres vorhanden sein müssen, so kommt doch in Betracht die große Bejahrung der Schlachtflotte. Diese war im vorigen Sommer größer als die Besatzung der Schlachtf- und Kreuzerflotte. Die Schlachtf. werden aber fast sämmtlich im Falle des Krieges verfügbar, und die dort verwandten Mannschaften können verwandt werden zur Komplettierung der Schlachtf. und Kreuzerflotte. Man will allerdings die Besatzung der Schlachtf. vorbereiten für die sog. Hafenschiffe, worunter man die älteren Panzerschiffe versteht. Die Besatzung dieser Flotte ist aber nicht so rasch notwendig.

Schon diese Thatsachen genügen, um klarzustellen, daß eine Verminderung der Forderung auf 295 Köpfe durchaus gerechtfertigt ist. Erwägen wir, daß im vorigen Jahre das Ordinarium der Marine um 2 Millionen erhöht, und dies Jahr trotz der Abstriche um noch zwei Millionen erhöht worden ist, so hätte sich in 15 Jahren das Ordinarium mehr als verdoppelt. Wir haben die Bedeutung der Marine niemals verkannt, ja sogar zu Zeiten, wenn die Existenz der Marine an maßgebender Stelle vielfach als besonders zweifelhaft angesehen wurde, ihre Bedeutung hervorgehoben. Aber wir sind nicht geneigt, die Entwicklung der Marine mehr zu fördern, als ihrer Bedeutung im Rahmen der gesamten Wirtschaft des Landes entspricht. Die Bedeutung der Marine wird immer eine sekundäre sein; die Hauptentscheidung wird immer bei dem Landheer liegen. Wenn wir uns nur vergegenwärtigen, welche großen Forderungen dieses Jahr bewilligt sind für das Landheer im Ordinarium durch die Erweiterung der Übungen für die Reserve, im Extraordinarium durch die hohen Kredite, so haben wir umso mehr Ursache, bei den Ausgaben der Marine ein gewisses Maß nicht zu überschreiten, und deshalb sind wir nicht in der Lage, dem Standpunkt der Budgetkommission uns anzuschließen, jeden Mann und jeden Groschen zu bewilligen, und sind um so weniger in der Lage, als die Konsequenz der Beschlüsse der Kommission in der Einschränkung der Schiffsbauten auch eine Einschränkung des Personals herbeiführen muß. (Beifall links.)

Abg. Britzen (Bfr.): Unsere Marine wird dem deutschen Namen alle Ehre machen, aber zu einer Entscheidung wird sie allerdings niemals führen. Darin also hat Abg. Richter Recht, daß unsere Marine immer nur eine sekundäre Bedeutung haben wird. Wir wollen immer nur eine Defensiv-, nicht eine Offensiv-Marine haben, und zu großen Summen können wir neben den hohen Bewilligungen für das Landheer nicht bewilligen. Aber wir können doch in den Abstrichen nicht zu weit gehen. Wir müssen doch immer die Konsequenz daraus ziehen, daß die neuen Schiffe, für die die Mannschaften gefordert werden, doch schon da sind. Wir sind uns dabei der schweren Verantwortung sehr wohl bewußt. Die Besatzung von Helgoland müssen wir bewilligen, nachdem wir die Festigung Helgolands einmal bewilligt haben, und nachdem uns erklärt ist, daß eine Besatzung durch Fußartillerie nicht angängig ist. Gegen das Mehr an Mannschaften für die Torpedoflotte ist eine Einwendung gar nicht erhoben worden. Die Vermehrung der Mannschaften für den Auswärtigen Dienst hat ihren Grund vornehmlich in dem Hinzutkommen der südamerikanischen Station, welche auf Initiative des Reichstages selbst eingerichtet ist. Ich glaube aber, daß diese südamerikanische Station für die Dauer nicht nothwendig sein wird. Die Berechtigung der Konsequenz, die Herr Richter aus den Abstrichen für die Indiensthaltung der Schiffe zieht, kann ich nicht zugeben. Das Hauptkontingent in der Mehrförderung nehmen die Mannschaften für die Kreuzer- und Schlachtflotte ein. Eine Herabsetzung des Maschinenvorpersonals hier würde einen wesentlichen Unterschied in unserem Etat nicht machen, und stichhaltige Einwendungen gegen die Bewilligung derselben sind nicht gemacht worden. Wir haben uns also entschlossen, für die Mehrförderungen einzutreten. Aber wir wollen eine fühlbare und zuverlässige Stellung der Marine gegenüber bewahren und sie namentlich dem Extraordinarium gegenüber beibehalten.

Abg. Richter (Bfr.): Der Etat verlangt eine Verstärkung des Militärpersonals für die Marine von im Ganzen 1137 Köpfen, eine so starke Vermehrung in einem einzelnen Jahre, wie sie meines Wissens niemals vorher verlangt ist. Wir wollen nur 224 Köpfe mehr bewilligen, das Mehr für die Verstärkung der Torpedobatterie und des sonstigen Torpedowesens und das Plus an Seefahrt für die Verstärkung des Offizierkorps. Über auch diese 1187 Mann sollen blos die erste Rate in der Verstärkung des Militärpersonals sein. Mit der Verstärkung der Torpedobatterie ergibt sich ein Plus für die nächsten 4 Jahre von etwa 4000 Mann und auch diese sollen nur die Personalvermehrung umfassen, die die bereits im Bau befindlichen Schiffe betrifft. Wenn es nach der Absicht der Regierung geht, so würden in den nächsten vier Jahren noch zu bauen sein: 4 Panzerfahrzeuge, 5 Kreuzerforvetten und mehrere Kreuzer und Alvos. Ich trete also wohl nicht, wenn ich die gesamte Personalvermehrung für die nächsten 4 Jahre auf 5 bis 6000 Köpfe veranschlage. Nun ist allerdings in der Kommission gesagt worden, daß man mit der jetzigen Bewilligung sich für das nächste Jahr nicht bindet. Aber tatsächlich wird es schwer sein, wenn man einmal A gesagt hat, in den weiteren Buchstaben inne zu halten.

Diese umfassende Verstärkung des Personals ist auch in keiner Weise geboten. Durch den neuen Gründungsplan für die Flotte, der seit 1888 89 in Ausführung ist, damals, als es sich um Bewilligung der ersten Rate für die neuen Panzerschiffe handelte, wurde auf die Frage, welche Konsequenzen die Ausführung des Planes haben würde für die Personalverstärkung, die Erklärung gegeben, daß der neue Flottengründungsplan gar keine Verstärkung der Matrosendivision zur Folge haben werde; man werde auskommen mit jeder Verstärkung von 300 Mann jährlich, die schon von 1887 an in Aussicht genommen war für die nächsten fünf Jahre. Außerdem sollte eine Verstärkung von 1017 Mann für Unteroffiziere u. s. w. eintreten.

Die Kommission selbst hat sodann bei dem Titel "Indiensthaltung" beschlossen, alle Mehrforderungen dafür abzensehen. Die Konsequenz davon wäre, auch das Plus an Mannschaften abzensehen, welches in der Voraussetzung einer weiteren Indiensthaltung der Schiffe gefordert wird. Die Kommission hat diese Konsequenz aber nicht gezogen. Die Personalvermehrung wurde beschlossen, ehe man an den Abstrich bei der Indiensthaltung ging. Ze weniger Schiffe in Dienst zu halten sind, desto weniger Mannschaften sind aber erforderlich. Es müßten dafür allein 461 Mann abgesetzt werden. Außer diesen und den 157 Mann Besatzung für Helgoland beantragen wir noch weitere 295 Mann zu streichen. Es handelt sich hier um Kadres für die sog. Schlachtf. und für die Kreuzerflotte, die verwendet werden soll in den heimischen Gewässern. Während nach den bisherigen Grundsätzen die Friedenskadres auf $\frac{1}{4}$ bzw. $\frac{1}{3}$ bei der Matrosenabteilung und beim Maschinenvorpersonal auf $\frac{1}{2}$ bemessen waren, wollen Sie nun eine Erhöhung auf die Hälfte bei den Matrosen und auf $\frac{2}{3}$ beim Maschinenvorpersonal. Das soll mit Rücksicht darauf erforderlich sein, um beim Ausbruch des Krieges die Kriegsschiffe rascher kriegsfähig zu machen. Aber wenn es auch richtig ist, daß für die Kriegsbesatzung der Schlachtf. stärker Friedenskadres vorhanden sein müssen, so kommt doch in Betracht die große Bejahrung der Schlachtf. Diese war im vorigen Sommer größer als die Besatzung der Schlachtf. und Kreuzerflotte. Die Schlachtf. werden aber fast sämmtlich im Falle des Krieges verfügbar, und die dort verwandten Mannschaften können verwandt werden zur Komplettierung der Schlachtf. und Kreuzerflotte. Man will allerdings die Besatzung der Schlachtf. vorbereiten für die sog. Hafenschiffe, worunter man die älteren Panzerschiffe versteht. Die Besatzung dieser Flotte ist aber nicht so rasch notwendig.

Schon diese Thatsachen genügen, um klarzustellen, daß eine Verstärkung der Forderung auf 295 Köpfe durchaus gerechtfertigt ist. Erwägen wir, daß im vorigen Jahre das Ordinarium der Marine um 2 Millionen erhöht, und dies Jahr trotz der Abstriche um noch zwei Millionen erhöht worden ist, so hätte sich in 15 Jahren das Ordinarium mehr als verdoppelt. Wir haben die Bedeutung der Marine niemals verkannt, ja sogar zu Zeiten, wenn die Existenz der Marine an maßgebender Stelle vielfach als besonders zweifelhaft angesehen wurde, ihre Bedeutung hervorgehoben. Aber wir sind nicht geneigt, die Entwicklung der Marine mehr zu fördern, als ihrer Bedeutung im Rahmen der gesamten Wirtschaft des Landes entspricht. Die Bedeutung der Marine wird immer eine sekundäre sein; die Hauptentscheidung wird immer bei dem Landheer liegen. Wenn wir uns nur vergegenwärtigen, welche großen Forderungen dieses Jahr bewilligt sind für das Landheer im Ordinarium durch die Erweiterung der Übungen für die Reserve, im Extraordinarium durch die hohen Kredite, so haben wir umso mehr Ursache, bei den Ausgaben der Marine ein gewisses Maß nicht zu überschreiten, und deshalb sind wir nicht in der Lage, dem Standpunkt der Budgetkommission uns anzuschließen, jeden Mann und jeden Groschen zu bewilligen, und sind um so weniger in der Lage, als die Konsequenz der Beschlüsse der Kommission in der Einschränkung der Schiffsbauten auch eine Einschränkung des Personals herbeiführen muß. (Beifall links.)

Abg. Britzen (Bfr.): Unsere Marine wird dem deutschen Namen alle Ehre machen, aber zu einer Entscheidung wird sie allerdings niemals führen. Darin also hat Abg. Richter Recht, daß unsere Marine immer nur eine sekundäre Bedeutung haben wird. Wir wollen immer nur eine Defensiv-, nicht eine Offensiv-Marine haben, und zu großen Summen können wir neben den hohen Bewilligungen für das Landheer nicht bewilligen. Aber wir können doch in den Abstrichen nicht zu weit gehen. Wir müssen doch immer die Konsequenz daraus ziehen, daß die neuen Schiffe, für die die Mannschaften gefordert werden, doch schon da sind. Wir sind uns dabei der schweren Verantwortung sehr wohl bewußt. Die Besatzung von Helgoland müssen wir bewilligen, nachdem wir die Festigung Helgolands einmal bewilligt haben, und nachdem uns erklärt ist, daß eine Besatzung durch Fußartillerie nicht angängig ist. Gegen das Mehr an Mannschaften für die Torpedoflotte ist eine Einwendung gar nicht erhoben worden. Die Vermehrung der Mannschaften für den Auswärtigen Dienst hat ihren Grund vornehmlich in dem Hinzutkommen der südamerikanischen Station, welche auf Initiative des Reichstages selbst eingerichtet ist. Ich glaube aber, daß diese südamerikanische Station für die Dauer nicht nothwendig sein wird. Die Berechtigung der Konsequenz, die Herr Richter aus den Abstrichen für die Indiensthaltung der Schiffe zieht, kann ich nicht zugeben. Das Hauptkontingent in der Mehrförderung nehmen die Mannschaften für die Kreuzer- und Schlachtf. ein. Eine Herabsetzung des Maschinenvorpersonals hier würde einen wesentlichen Unterschied in unserem Etat nicht machen, und stichhaltige Einwendungen gegen die Bewilligung derselben sind nicht gemacht worden. Wir haben uns also entschlossen, für die Mehrförderungen einzutreten. Aber wir wollen eine fühlbare und zuverlässige Stellung der Marine gegenüber bewahren und sie namentlich dem Extraordinarium gegenüber beibehalten.

Ich habe immer die Erfahrung gemacht: handelt es sich um Forderungen für Militär- und Marine-Etat, dann ist es eine bekannte Tatsik, es so darzustellen, als ob im Falle einer Niederlage der Weltkrieg ausbrechen müßte, und das nicht nur, sondern daß Deutschland auch mit Sicherheit in diesem Kriege den Nürzern ziehen müßte. Dann folgt die weitere Konsequenz, die Herr v. Stumm gezogen hat: wie große Schäden wird dann das Vaterland erleiden gegenüber dieser kleinen Forderung hier? Das sind dieselben Töne, die bei der Diskussion

über das Septennat 1887 laut würden. Da war auch die Frage so gestellt, daß, wenn die verlangten Erhöhungen nicht gleich auf 7 Jahre, sondern nur auf 3 Jahre bewilligt würden, die Franzosen ins Land kommen und wie 1806 und 1807 vordringen und die Kuh aus dem Stalle holen würden. Für 1887 lasse ich das eher gelten, als daß man einen solchen großen Gedanken hier vorbringt, wo es sich um eine Mehrförderung von 900 Mann handelt. Wenn unsere ganze Wehrkraft eine so zweifelhafte ist, daß ohne diese 900 Mann sie Deutschland nicht zu schützen vermöchte, dann hätten wir in der That Millionen und Hunderte von Millionen bewilligt ohne jeden Nutzen. (Lebhafte Beifall links.)

Ich begreife nicht, wie Herr v. Stumm sich auf Grund seiner Ansicht auch nur bereit finden lassen kann, die Abstriche der Budgetkommission zu bewilligen, die in einigen Punkten weiter gehen, als dieser Antrag. Warum soll dasjenige, was die Budgetkommission in ihrer Mehrheit abstreicht, nicht gefährlich sein für die Wehrkraft des Landes, das aber, was ein Mitglied zu streichen beantragt, gleich das Vaterland gefährden?

Wenn Herr v. Stumm der Meinung ist, daß jede Erhöhung des Militär- und Marineetats die beste Kapitalanlage sei, weil sie die Gefahr des Krieges entferne, dann müßten wir ja sogar nach seinem Sinne die Regierung auffordern, doch noch mehr zu fordern, als sie ohnehin gethan hat, dann müßte man zum letzten Punkt gehen, und durch einen außerordentlich hohen Militär- und Marineetat die Kriegsgefahr ganz aus der Welt zu schaffen suchen. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß noch andere Faktoren als die Besser über Krieg und Frieden entscheiden.

Wenn für Herrn v. Stumm schon die 900 Mann Besatzung von so entscheidender Bedeutung sind, dann sollte er es nicht zulassen, daß auch nur ein einziges Schiff zum überseeischen Dienst aus unseren Gewässern entfernt wird; denn die Denkschrift sagt mit dünnen und klaren Worten, daß für den Kriegsfall alle diese Schiffe für die Vertheidigung der heimischen Gewässer absolut nicht in Frage kommen, daß sie vollständig von uns abgelehnt sind. Statt dessen verlangt Frhr. v. Stumm gleichzeitig noch eine Vermehrung der Schiffe für den politischen Dienst. Vielleicht hat Herr v. Stumm gedacht, man werde vielleicht eher feindlich sein, sich in Geschäften in Amerika einzulassen, wenn man im Falle des Ausbruchs eines Krieges Aussicht hätte auf den Schutz der deutschen Kanonen. Nun, ich glaube, man treibt überhaupt nicht gern da Handel, wo Kriegsgefahr ist, und der Umstand, daß ein Schiff zum Schutze da ist, wird von geringer Bedeutung für die Ausbreitung des Handels sein. Frhr. v. Stumm scheint zu meinen, es sei Aufgabe der Kriegsschiffe, die Kaufahrtschiffe in der ganzen Welt zu schützen. Wie groß müßte dann die Marine sein? Unsere Marine hat sich eine solche Aufgabe nie gestellt; dazu ist sie auch garnicht im Stande. Wer alles decken will, deckt garnichts.

Gedankt mit Rücksicht auf die Einschränkung der Indienststellung von Schiffen, wie sie die Kommission beschlossen hat, ist unser Antrag gerechtfertigt. Wie sollen sonst durch eine Einschränkung Kosten erspart werden, wenn nicht durch entsprechende Verminderung der Mannschaften? Nun meint Herr Frißen, man könnte die Verminderung auf andere Weise herbeiführen, z. B. durch Verminderung der Kreuzergeschwader. Dann würden allerdings 330 Mann durch die Verringerung der Kreuzergeschwader um eine Fregatte erspart werden; das würde allerdings ergeben, daß 330 Mann der Kriegsmarine zur Verfügung gestellt würden. Schon aus diesem Beispiel ersehen Sie, daß ohne unsere Wehrkraft in Frage zu stellen und irgendwie erhebliche Interessen zu schädigen, es möglich ist, die Forderung der Sparfamkeit mit den Interessen der Marine in Einklang zu bringen. (Beifall links.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Als der Wunsch nach einer westamerikanischen Station im vorigen Jahre während des Krieges mit Chile laut wurde, bemerkte ich, daß es mir zweifelhaft sei, ob das Kriegsgeschwader nicht in China und Japan nötiger sei. Wir sandten auf Wunsch des Reichstages ein Geschwader hin. Das in China und Japan auf die Dauer die Anforderungen an eine maritime Vertretung des deutschen Reiches nicht sinken werden, halte ich für ausgemacht. Ob wir dauernd in Westamerika Schiffe brauchen werden, mag dahingestellt bleiben. Das aber läßt sich mit Sicherheit übersehen, daß mit der fortwährenden Zeit diese Anforderungen, die die allgemeine und Wirtschaftspolitik an die Stationierung von Schiffen in auswärtigen Gewässern stellen werden, nicht fallen, sondern steigen. Wir müssen für die Ausbreitung unseres Exports alles mögliche thun. Dazu gehören auch die Anforderungen an das Erscheinen von Schiffen in auswärtigen Staaten. Es können Zeiten kommen, in denen die europäischen Staaten sich vereinigen müssen, um den Handel in den fremden Weltgegenden durch ihre Kriegsflotte zu sichern. Wenn dabei unsere Flotte mitspielen soll, so muß sie eine genügende Stärke haben. Darin stimme ich Herrn Richter allerdings bei: es ist ganz unmöglich, jedes unserer Handelschiffe, das auf dem Ozean schwimmt, zu schützen. Aber die Kriegslage wird auch weiter der Handelsflagge folgen müssen. Die verbündeten Regierungen sind also nicht im Stande, in Zukunft auf eine Vertretung ihrer Flotte in auswärtigen Staaten zu verzichten. Wenn wir an einer gemeinsamen Aktion einmal Theil nehmen sollen, dann müssen wir nicht nur ein zahlreiches, sondern auch ein vorzügliches Personal haben, und dazu ist eine Ausbildung der Schulschiffe erforderlich, die wir nicht entbehren können. Schon aus diesem allgemeinen Gesichtspunkt bitte ich Sie, an der Erweiterung der Marine nicht zu sparen.

Die Leistungen der Marine kommen, wenn sie in einem Zukunftskriege auch nur eine sekundäre Rolle haben wird, doch indirekt auch dem hauptentscheidenden Faktor, der Armee zu Gute. 1870 mußten drei Divisionen zum Küstenschutz in Bremen, Hannover und Hamburg zurückbleiben und konnten sich erst in entscheidender Weise an den Fortschritten des Krieges beteiligen, als die französische Flotte durch unsere Küstenflotte genötigt war, unsere Gewässer zu verlassen. In ähnlichen Verhältnissen könnte doch unsere Flotte in der Lage sein, die gegnerische Flotte an der Küste so zu schlagen, daß für den Küstenschutz Truppen aus dem Landheere nicht nötig sind. Ich glaube, daß der Küstenschutz im nächsten Kriege eher stärker als geringere Anforderungen an die Armee stellen wird, so lange es unserer Marine nicht möglich ist, mit besseren und zahlreicherem Schiffen einzutreten. Der französische Marineminister hat sich dahin ausgedrückt, daß der künftige Krieg ein Krieg mit Brandstiftungen und Häubereien sein werde. Alle vom Wasser nur erreichbaren Städte würden gebrandschatzt werden. Daher war man der Ansicht, daß Staaten, die sich nicht verteidigen könnten, auch nicht Gegenstand des Angriffes sein könnten. Wer bleibt uns aber die Garantie, daß dieser Grundsatz zur Ausführung kommt, und daß wir nicht genötigt sein werden, mehr Städte zu schützen?

Wir haben keinen Grund, einen Unterschied zwischen einer defensiven und offensiven Flotte zu machen. Aber wenn man auch nur den Schutz unserer Küsten im Auge hat, so ist es erforderlich, daß das, was darin verwendet wird, so stark und so schnell als möglich zur Verwendung kommt. Dieses Erforderniß ist in den letzten Jahrzehnten wesentlich gestiegen. Wir haben einen Theil unserer Erfolge in den letzten Kriegen dem Umstande zu verdanken gehabt, daß wir schneller auf dem Blaue erschienen sind als die Gegner. Die Marineverwaltung hat seit langen Jahren sich bemüht, einen ähnlichen Zustand auf dem Wasser herzuführen, und eine Zeit lang hat sie auch einen Vorsprung gehabt vor anderen Ländern, die übermäßig langsam in dieser Beziehung waren. Diese Verhältnisse haben sich geändert, und wir müssen darauf rechnen, daß

die anderen Marine schneller sind als wir. Nun kommt es bei einer Seeschlacht und zwar bei der ersten Schlacht darauf an, daß man so stark wie möglich ist. Denn die erste Schlacht entscheidet unter Umständen über das Schicksal des ganzen Kampfes zur See. Eine richtig durchgeschlagene Seeschlacht wird immer mit der Vernichtung eines großen Theiles der Flotte endigen: da es also auf die erste Entscheidung ankommt, so müssen wir so stark als möglich sein. Dadurch gewinnt aber auch zugleich die Notwendigkeit, auf den Schiffen größere Stämme zu erhalten als bisher, wesentlich an Wichtigkeit. Herr Richter hat mit Recht angeführt, daß wir jetzt auch alte Schiffe ins Gefecht führen wollen, und daß daraus sich ein Theil der hohen Anforderungen rekrutiert. Aber wenn wir nun einmal stark erscheinen müssen, wenn wir eine größere Anzahl von Schiffen von Hause aus bedürfen, dann hätte gerade Herr Richter Ursache, der Marineverwaltung dankbar zu sein, wenn sie noch jetzt mit alten Schiffen zu schlagen gedenkt und nicht neue Schiffe fordert, falls er zugibt, daß wir mit wenigen Schiffen unsere Küsten zu vertheidigen nicht im Stande sind. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Stumm: Gerade die allgemeinen Ausführungen des Herrn Richter, der zuerst eine Generalabstimmung begonnen hat, haben mich zu meinen Bemerkungen veranlaßt. Wenn Herr Richter auf die Notwendigkeit hinweist, daß man zunächst die Diktaturen aufzubessern müsse, so ist ihm zu erwiedern, daß diese Aufgabe doch eine verschwindend kleine ist gegenüber den zerstörten Finanzen, welche ein unglücklicher Krieg herbeiführen muß. Hätten wir 1866 und 1870 unglücklicher Kriege gehabt, die Partei des Herrn Richter wäre wegen ihrer Haltung vor dem Kriege weggefegt worden und sie ist ja auch 1887 durch ihre Stellung zur Militärfrage fast besiegt worden. Die Ausführungen des Abg. Richter über die Verwendung der Marine zum Schutze des Handels werden in Handelskreisen hoffentlich richtig gewürdigt werden. Herr Richter sollte über diese Dinge überhaupt nicht sprechen, da er doch davon ebenfalls versteht wie ich; gerade deshalb habe ich auch nur generell gesprochen.

Abg. Richter: Der einzige Unterschied zwischen mir und Herrn v. Stumm ist, daß ich nicht das außerordentliche Selbstbewußtsein habe wie er. (Heiterkeit.) Herr v. Stumm stellt es so dar, als ob ich ihm vorgeworfen hätte, daß er eine Generaldiskussion angefangen hätte; ich habe ihm keinen Vorwurf gemacht. Ich glaube, ihm in der Generaldiskussion ebenso gewachsen zu sein wie in der Spezialdiskussion. (Heiterkeit und Beifall links.) Aber es liegt nicht im Interesse des Hauses, wenn man von der Spezialdiskussion abglebt und zu einer Generaldiskussion übergeht. — Ich habe es nicht so dargestellt, als ob wir augenblicklich in einer besseren Lage wären wie 1887. Ich meine, wenn die Bewilligung des Septennats auch eine für den Krieg wichtige Frage war, wie kann man es so darstellen, daß eine Vermehrung der Marine um hier nur tausend Mann im Kriege von Einfluß sein kann.

Herr v. Stumm hat von dem Wegsehen unserer Partei gesprochen. Nun, heute ist unsere Partei dreimal so stark wie die Partei des Abg. v. Stumm. Nehmen Sie vor Ihrer eigenen Thür! Sie sind bis auf 18 Mann weggefegt worden im Jahre 1890, und bitten Sie den Himmel, daß er nicht Erfolgswahlen kommen läßt. (Heiterkeit.) Sie können dann noch weiter verschwinden trotz aller Mühe, die Sie sich bereits bei den letzten Wahlen gegeben haben. Herr v. Stumm hat es sich sogar eine große Kraftanstrengung kosten lassen, um ins Haus zu kommen. (Heiterkeit.) Ich muß es sodann auf das entschiedenste zurückweisen, daß die liberale Mehrheit des preußischen Landtages die Mittel verwendet hat zum Kriege. Das ist niemals geschehen. Denn es sind von ihr niemals Mittel gefordert worden. (Widerspruch rechts.) Der preußische Landtag hat damals verlangt, daß die Erhöhung der zweijährigen Dienstzeit ausgelöscht werde durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit, und nur dadurch ist der Verfassungskonflikt herbeigeführt worden. Heute aber weniger als je haben Sie das Recht, einen Schatten auf die liberale Partei zu werfen. Wenn Herr v. Stumm die Stütze von Sybel gesehen hätte über Militärreorganisation, so würde er wissen, daß ohne den Starrsinn des Ministers v. Roos eine Vereinbarung möglich gewesen wäre auf Grundlage der zweijährigen Dienstzeit. (Lachen rechts.) Wie können Sie diese Sache lächerlich finden in einer Zeit, wo die Regierung selbst in Spandau und anderswo Broben macht über die Durchführbarkeit der zweijährigen Dienstzeit? Hätte man früher erkannt, daß die zweijährige Dienstzeit durchführbar ist, dann wären jene unglücklichen Konflikte vermieden worden, und wir wären nicht in jene großen Gefahren für das gesamte Staatswesen im Kriege von 1866 hineingegangen, wie es tatsächlich der Fall war. Je mehr die Geschichte von 1866 aufgeklärt werden wird, um so mehr werden die Nebel zerstreut werden, die man tünlich um jene Vorgänge gelegt hat, als ob damals weniger patriotische Männer im Landtage gewesen wären, als heute im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhaus! (Lebhafte Beifall links.) Ich werde bei jeder Gelegenheit solche Angriffe zurückweisen, ohne daß ich mich deshalb auf den Fürsten Bismarck zu berufen brauche, der ausdrücklich in späteren Zeiten anerkannt hat, daß er alle Achtung habe vor dem Rechtsbewußtsein und dem Patriotismus der Opposition, die ihm damals entgegentrat. (Lebhafte Beifall links.) Abg. v. Stumm meint, ich könnte eigentlich über die Details nicht sprechen, weil ich nichts davon versteande, er versteande auch nichts davon, er spreche auch nur generell. Da müßte er überhaupt nicht davon sprechen; Stumm müßte er sein. (Große Heiterkeit.) Wenn ich aber wirklich so garnichts davon versteande, wenn dem Laien jede Möglichkeit entzogen wäre, zu sprechen, dann würde man überhaupt zu der Schlussfolgerung kommen müssen, daß ein Parlament überhaupt unfähig ist, in solchen Sachen zu beschließen. Denn wieviel feebelhafte Männer und wieviel Techniker unter Ihnen sitzen hier! (Sehr richtig! links.) Man hat dem Reichstag aber gerade die Kompetenz gegeben, weil man verhindern will, daß eine einseitige Richtung der Techniker ein Übergewicht erhält, das sich nicht verträgt mit der Harmonie, in der alle Verwaltungszweige zu einander stehen sollen. Wenn ich wirklich so wenig sachverständig wäre, wie es Herr v. Stumm glauben machen will, wie kommt es denn, daß die Herren von der Gegenseite seit 2 Stunden sich nur bemühen, mich zu widerlegen, daß hinterheraner erst der Abg. Frißen und dann in fortgesetzter Rangsteigerung der Staatssekretär Hollmann, der Herr Reichskanzler und zuletzt Herr v. Stumm (Heiterkeit) gewissermaßen als der Landsturm sich gegen mich gewendet haben? (Große Heiterkeit.)

Was die Neuvergütungen des Reichskanzlers betrifft, so würde ich eine ganz andere Stellung einnehmen, wenn die Marineverhältnisse heute noch so liegen wie 1871. Damals lagen viel feinere und durchaus unzureichende Verhältnisse vor. Was ist seitdem alles für den Küstenschutz geschehen! Was ist namentlich — und das ist das Hauptverdienst aus der Zeit, wo der Herr Reichskanzler die Marineverwaltung leitete — geschehen für das Torpedowesen! Im Januar 1888 hat der Herr Reichskanzler ja selbst noch als Chef des Marineamts vor einer zu melancholischen Auffassung in bezug auf unsere Wehrkraft zur See gewarnt. Wie viele große Panzerschiffe sind seitdem mehr gebaut; der ganze Schiffsbau ist übersteigt ja das Dreis- bis Vierfache dessen, was der Herr Reichskanzler damals für die nächsten Jahre als erforderlich in Aussicht stellte.

Beispielsweise der westamerikanischen Station hat im Bechluß des Reichstages nichts vorgelegen. Und es ist sehr fraglich, ob die Herren, die damals den Wunsch darnach ausgesprochen, heute noch

dieselben Ansicht sind. Denn damals hat man sich nicht vergegensezt, daß die Stationen eine Mannschaftsvermehrung von 6—700 Köpfen nach sich ziehen würden. Namentlich konnte man noch nicht die Mannschaftsvermehrung für den heimlichen Dienst in Folge der veränderten Grundsätze voraussehen. Eine Einschränkung des politischen Dienstes der Flotte halte ich sehr wohl für möglich. Denn in unserer überseelischen Politik sind zwei Momente eingetreten, die eine solche sehr wohl rechtfertigen. Zunächst ist Zanzibar unter das Protektorat von England gestellt worden, wodurch Flottendemonstrationen unsererseits dort nicht mehr nötig sind und die Marine für Ostafrika überhaupt nicht mehr die Bedeutung hat und dann ist Samoa definitiv aufgegeben.

Was den Schutz des Handels im Auslande anbetrifft, so halte ich es mit der Neuvergütung, die einmal der Amtsvergänger des Herrn Reichskanzlers hier gethan hat: man kann dem überseelischen Handel der Deutschen im Ausland von Reichswegen nicht denselben Schutz geben, wie den Handelsleuten in der Friedrichstraße in Berlin. Ein solches Geschäft in überseelischen Gebieten ist immer gewagt, und dafür ist auch der Vortheil größer. Einen glücklichen Gedanken hat der Herr Reichskanzler ausgesprochen, indem er gewissermaßen eine Organisation eines internationalen Handelschutzes in überseelischen Gewässern in Aussicht stelle. Eine solche könnte für alle Staaten zu einer Erleichterung im Marineaufgebot führen. Bezüglich des politischen Dienstes in überseelischen Gewässern will ich auch einen französischen Marineminister der letzten Zeit zitieren, der in der französischen Budgetkommission aussprach, daß jetzt mehr als früher im Falle eines Krieges es auf die Entscheidung der Flotte in Europa und in den Meeren bei Frankreich ankomme und daß es um so mehr erforderlich sei, den politischen Dienst der französischen Marine in überseelischen Gewässern zu beschränken. Das ist auch für Deutschland richtig, und wenn man diesen Grundsatz befolgt, so wird man mit Leichtigkeit zu einer Personalverminderung kommen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Stumm: Herr Richter wird doch nicht leugnen, daß von Seiten der Fortschrittspartei die Neuvergütung gefallen ist. Preußen müßte der Großmachtsitz ausgetrieben werden. Aus dem Mangel an Sachkenntnis darf nicht gefolgt werden, daß wir nach Hause gehen können. Eine Kontrolle können wir immer üben, wenn wir auch die Einzelheiten Sachverständigen überlassen.

Abg. Dr. Buhl (nl.): Ich kann mich sachlich nur vollkommen dem Abg. Frißen anschließen. In der Frage, wie weit für den politischen Dienst Schiffe notwendig sind, ist die Ansicht des Abg. Richter nicht zutreffend. Die Entsendung des Geschwaders nach Chile ist von der ganzen deutschen Handelswelt freudig begrüßt worden.

Abg. Richter (dfr.): Herr v. Stumm hat gemeint, der Fortschrittspartei aus dem Jahre 1866 das Wort vorhalten zu können: Preußen muß der Großmachtsitz ausgetrieben werden. Gerade die Fortschrittspartei ist die erste Partei in Deutschland gewesen, die in ihrem Gründungsprogramm den Beruf Preußens als der führenden Macht in Deutschland hingestellt hat und verlangt hat, daß die deutsche Einheit unter der Führung Preußens und durch ein deutsches Parlament organisiert werde. Außerdem ist die Neuvergütung: Preußen müßte der Großmachtsitz ausgetrieben werden, gefallen von Seiten des Abgeordneten Schulze-Delitzsch in Frankfurt a. M. im Mai 1866, aber in absolut entgegengesetztem Sinne, wie man nach Herrn v. Stumm annehmen mußte. Schulze-Delitzsch hat lange vor seinem Tode in öffentlichen Blättern und parlamentarischen Verhandlungen wiederholt, so daß es Herr v. Stumm auch wissen könnte, den historischen Sachverhalt dargelegt. Es handelte sich in jenen Tagen um eine Bismarck-Politik, welche ausführte, daß Preußen nicht blos eine deutsche Macht sei, sondern auch eine außerdeutsche Großmacht. Allein gegen diese Betonung Preußens als außerdeutsche Großmacht wandte sich Schulze-Delitzsch. Man muß überhaupt die ganze damalige Politik kennen, um diesen Zusammenhang zu verstehen. Wer aber überhaupt jemals von Schulze-Delitzsch und seiner Politik Notiz genommen hat, der weiß, daß unter allen Abgeordneten Niemand so entschieden wie er für den Beruf Preußens als der führenden Macht in Deutschland eingetreten ist. Schulze-Delitzsch ist der Begründer des Nationalvereins gewesen, und Herr von Bemmig weiß noch besser als ich, wie Schulze-Delitzsch von dem deutschen Beruf Preußens erfüllt war. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Frhr. v. Stumm: Weiß Herr Richter nicht, daß Schulze-Delitzsch gegen die Reichsverfassung gestimmt hat? (Lachen links.) Der Antrag Richter wird hierauf abgelehnt, und die Forderungen werden nach den Kommissionsbeschlüssen angenommenen gegen die Stimmen der Freisinnigen, Volkspartei und Sozialdemokraten, ebenso der Rest des Kapitels, nachdem Abg. Richter seine übrigen Anträge auf Verminderung des Personals in Rücksicht auf die vorangegangene Abstimmung zurückgezogen hat.

In dem Kap. „Indiensthaltung der Schiffe“ wird entsprechend dem Kommissionsantrag bei den „Sezulagen“ 161 950 M. abgelehnt, bei den „Lotien“ und „Hafengeldern“ 17 180 M.

„Für die Indiensthaltung und Reparatur der Schiffe“ beantragt die Kommission von den von der Regierung geforderten 6 974 400 M. die Summe von 457 385 M. abzugehen.

Ein Antrag Richter verlangt auch die Streichung der Summe von 457 385 M., also nur die Bewilligung von 6 Mill.

Abg. Richter: Wenn Sie unsere Abstriche selbst annehmen, so weiß dieser Titel doch noch ein Plus gegenüber dem vorjährigen Etat auf. Die außerordentliche Vergroßerung dieses Titels ist durch die Überführung der in Ostasien in Dienst gestellten Schiffe nach der Westküste von Amerika zum Theil entstanden. Es waren aber auch außerordentliche Zustände, die diese Überführung veranlaßt haben, und die für die Folge nicht in Betracht kommen können. In Betracht kommen dabei auch die Kohlenpreise, welche im Falle begriffen sind. Der bedeutende Kostenanfall ist doch veranlaßt durch das Aviso, welches zur Allerhöchsten Verfügung steht. Der Fonds für dieses Schiff, welches sechs Monate seegängig ist und sechs Monate stationär bleibt, hat sich innerhalb drei Jahren verfüngt. Wir halten dies für durchaus nicht gerechtfertigt. Aus allen diesen Gründen beantragen wir die 457 385 Mark zu streichen.

Staatssekretär Hollmann: Ich bitte, keinen Abstrich vorzunehmen. Die Kosten für die Indiensthaltung der Schiffe sind überhaupt schwer zu berechnen. Es ist immer eine Wahrscheinlichkeitsrechnung. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß wir die Kohlen billiger bekommen werden.

Der Antrag Richter wird abgelehnt und die Forderung nach dem Kommissionsantrag bewilligt gegen die Stimmen der Freisinnigen, Volkspartei und Sozialdemokraten.

Bei dem Kap. „Werftbetrieb“ beantragt die Kommission durch Verminderung der geforderten Bauinspektoren und Baumeister eine Absezung von 77 300 M.

Der Titel wird mit den Abstrichen der Kommission bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Die weitere Verathung wird vertagt auf Montag 1 Uhr. (Außerdem Telegraphengesetz.) Schluss 5½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 28. Febr. Die Sozialdemokratie treibt ein gefährliches Spiel. Man könnte von sozialdemokratischem

Schuitismus sprechen, wenn man zusieht, wie die Partei sich zu den Berliner Krawallen stellt. Es ist unbedingt richtig, daß die Tumulte der letzten Tage nichts als rohe und bedeutungslose Pöbelereyse gewesen sind, lächerliche Nichtigkeiten mit dem allerdings widerwärtigen Anstrich, den solche Ausschreitungen des Pöbels nun einmal haben. Nicht weniger richtig aber ist, daß der erste Anstoß zu dem Unwesen von einer sozialdemokratischen Volksversammlung nach einer im höchsten Grade aufreizenden Rede des sozialdemokratischen Agitators Kehlner ausgingen ist. Die Krawalle und was dazu gehört haben gezeigt, wie vortrefflich die organisierte Sozialdemokratie ihre Mannschaften im Bügel hat.

Es bedurfte nur eines leichten Drucks von den führenden Stellen her, um die Bewegung in das unschädliche Fahrwasser von albernen Pöbelstumulten zu lenken. Die Sozialdemokratie kann also mit sich zufrieden sein. Leute, die zu ihr gehören (die eigentlichen Parteiführer bleiben ja selbstverständlich außer Tressweite), Leute, die Sozialdemokraten mit bestimmten politischen Zielen sind, haben ein kleines Exerzitium im Feuer arrangiert, und nachdem die Sache bestens gelungen ist, waschen sie ihre Hände in Unschuld. Heute, wo sich bereits übersehen läßt, daß die Affaire keinen größeren Umfang mehr annehmen wird, und daß die Gefahr einer von oben her kommenden Ausnutzung der Vorgänge zu politischen Zwecken zurücktritt, heute wagt sich die Sozialdemokratie sofort wieder stärker hervor. Die Form, in der der "Vorwärts", das erklärte Organ also der Partei, Magistrat und Stadtverordnete behandelt, gehört zum Aufreizendsten, was in diesen erregten Zeiten überhaupt geleistet werden kann. Das Blatt stellt fest, daß der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Struck es abgelehnt hat, eine außerordentliche Sitzung zur Berathung des Notstands- antrags der sozialdemokratischen Stadtverordneten einzuberufen. Daraus wird gefolgt, daß die Mehrheit des Stadtverordneten-Kollegiums den Antrag, wenn er in der nächsten ordentlichen Sitzung zur Verhandlung kommt (am Donnerstag), verwerfen wird.

Der "Vorwärts" fährt alsdann fort: "Unsere Parteigenossen in der Stadtverordnetenversammlung können dies nicht verhindern, sie haben ihre Schuldigkeit gethan; die Verantwortung für Alles, was aus der konsequent wiederholten Ablehnung, Arbeit und damit den Arbeitslosen Brot zu schaffen, entstehen kann, fällt auf die „freisinnige“ Majorität, welche heute in der städtischen Verwaltung Berlins die unumschränkte Herrschaft ausübt." Nach dieser Sprache würde man sich nicht wundern dürfen, wenn die wirklich Arbeitslosen, die mit dem Pöbel nicht verwechselt sein wollen, das auf ihre Weise aussagen und nun erst recht Tumulte aufführen. Es könnte sich noch ereignen, daß die Unruhen der letzten Tage eine Fortsetzung in ganz anderer Richtung und auf einer höheren Bühne erhielten. Darin hat der "Vorwärts" allerdings Recht, daß die städtischen Behörden eigentliche Notstandsarbeiten, zwecklose Erdbewegungen und dergleichen nicht anordnen werden. Die Behörden wissen sich dabei im Einklang mit der Staatsregierung und mit der Meinung, wie sie in den meisten Parteien gerade von den Führern vertreten wird. Die Kreuzzeitungspartei freilich muß man dabei ausnehmen; die Demagogie der Sozialdemokratie findet in dem Hammersteinschen Organ ihr voll deckendes Gegenbild. Dort wie hier dieselbe Wülftheit von Ton und Gefinnung, wenn man es nicht vorzieht zu sagen, daß die "Kreuzztg." den Sozialdemokraten denn doch noch über ist.

Von Personen, welche der Umgebung des Kaisers angehören, wird, der "Nat.-Ztg." zufolge, versichert, daß die Rede bei dem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages nach der Absicht des Kaisers durchaus keinen Bezug auf das Volksschulgesetz haben sollte. — Wir nehmen, so bemerkte dazu die "Lib. Korr.", diese Erklärung, so wie sie gegeben wird, als einen Beweis dafür, daß der Widerhall, den diese Rede links von den Kreuzzeitungskonservativen und dem Zentrum gefunden hat, die Überzeugung von der Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses erschüttert. Um so mehr bedauern wir, daß Kundgebungen von solcher Tragweite in einer Form erscheinen, welche die Verantwortlichkeit der Minister ausschließt.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 26. Febr. Die Budgetkommission des Reichstags hat heute auch den Etat für das südwestafrikanische Schubgebiets (196 000 M.) bewilligt, nachdem Staatssekretär v. Marischall erklärt hatte, daß die Würde des Reiches das von freisinniger Seite befürwortete Preisgeben dieses ausichtslosen Unternehmens verbiete. Geh.-Rath Mayer berichtete über den Verlauf der gescheiterten Verhandlungen mit der deutsch-englischen Gesellschaft und teilte mit, daß man sich englischerseits zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit erklärt habe.

Berlin, 26. Febr. Über die Domabfrage wurde heute im Senatorenkonvent des Abg.-Hauses berathen, insbesondere über die Bedingungen, unter denen die Bewilligung zum Dombau ausgesprochen werden soll. Die Minister Dr. Miguel und Graf Belditz waren anwesend. Zu einer Einigung zwischen den Mehrheitsparteien kam es noch nicht. Anscheinend sind dieselben zur Bewilligung bereit, falls Garantien geboten werden, daß der Staatsbeitrag zum Bau die Summe von 10 Millionen M. nicht übersteigt und daß der Staat die Verpflichtung zur Unterhaltung der Kirche nicht übernimmt.

Berlin, 26. Febr. Der bekanntlich aus Zanzibar ausgewiesene Berichterstatter des "Berl. Tagebl." Eugen Wolf, hat an den Reichstag eine Petition gerichtet. Seine Bitte geht dahin: Bei der zweiten oder dritten Lesung des Etats des Auswärtigen Amts die Bundesregierung zu einer Motivierung der Ausweisungsmäßregel zu veranlassen, bez. den Nachweis zu führen, daß alles was ich berichtet habe, nicht vollständig ein wahres Bild der Verhältnisse in Deutsch-Ostafrika gegeben hat. Endlich bitte ich den hohen Reichstag nach, die Zurücknahme des Ausweisungs-Dekrets bei der Bundesregierung zu beantragen."

Telegraphische Nachrichten.

Mannheim, 28. Febr. Heute früh 4½ Uhr stieß der von Heidelberg nach Mannheim fahrende Personenzug bei

Friedrichsfeld auf einen Biehzug. Ein Wagenwärter wurde getötet. Zwei Wagen wurden zertrümmert und vieles Vieh geschädigt.

München, 27. Febr. Nach amtlichen Mitteilungen handelte es sich bei dem Unfall in der Nähe von Hochspeyer nicht um einen Einsturz des Tunnels. Es sei nur eine ungefähr zwölf Kubikmeter dicke Felsmasse auf den Gerüstwagen gefallen, wobei drei Personen leichte Verletzungen davongetragen hätten.

Bagamoho, 28. Febr. Der Afrikareisende Oskar Vorherr hat mit seiner Expedition den Abmarsch in das Innere angekündigt.

Petersburg, 28. Febr. Durch kaiserlichen Utaas wird die Ausfuhr von Korn nach Norwegen aus den Häfen des Archangelschen Gouvernements gestattet, jedoch nur bis zu einem Gesamtquantum von 200 000蒲nd und nur als Tauschobjekt gegen Fische, nicht aber zu Handelszwecken.

Petersburg, 28. Febr. Der Direktor des Eisenbahndepartements, Wirklicher Staatsrat Sergius Witte, hat heute die Ernennung zum Verweser der Verkehrs-Anstalten erhalten.

Paris, 27. Febr. (Deputirtenkammer.) Der konservative Abgeordnete Baudry-d'Asson brachte den Entwurf einer Resolution ein, in welcher erklärt wird, daß die Ernennung der Minister dem Präsidenten der Republik entzogen werden solle. Der Antragsteller verlangte sofortige Berathung der Resolution. Nachdem mehrere Redner das Wort ergreift hatten, wurde die Berathung vertagt. Für die Berathung stimmten 289, dagegen 204 Abgeordnete. Nach lebhafter Diskussion wurde die nächste Sitzung auf Donnerstag nächster Woche festgesetzt.

Paris, 27. Febr. Das Ministerium ist endgültig wie folgt zusammengesetzt: Louvet Präsidium und Innres, Richard Justiz, Biette öffentliche Arbeiten, Cavaignac Marine, Freycinet, Ribot, Roche, Deville, Rouvier und Bourgeois behalten ihre bisherigen Portefeuilles. Das Ministerium tritt noch Abends im Elysee zu einem Ministerrath zusammen.

Paris, 28. Febr. In St. Etienne sind gestern zwei Anarchisten verhaftet worden, in deren Besitz mehrere Dynamitpatronen und Petarden gefunden wurden.

Paris, 28. Febr. Nach einer Meldung aus Porto Grande (Kapverdische Inseln) vom gestrigen Tage kenterten da selbst bei einem Sturme eine Anzahl von Fischerbooten; die Zahl der ertrunkenen Fischer soll sehr beträchtlich sein.

Madrid, 26. Febr. (Senat.) Der Ministerpräsident Canovas del Castillo erklärte bezüglichen Auslassungen der Bischöfe von Salamanca und Cadiz gegenüber, Staat und Kirche müßten allerdings zur Verbesserung der Lage der Arbeiter beitragen; wenn indessen die Arbeiter unmögliche Forderungen stellten, so wäre das einzige Heilmittel dagegen der Gebrauch der Gewalt.

Konstantinopel, 27. Febr. Der "Agence de Constantinople" zufolge ist ein Individuum verhaftet worden, welches verdächtig ist, Bulkovitsch ermordet zu haben.

Sofia, 27. Febr. Die Soirée, welche gestern im Palais des Prinzen Ferdinand stattfinden sollte, wurde abgeagt, da die Nachricht von dem Tode des diplomatischen Agenten Bulkovitsch eintraf. Der Prinz und die Minister sind von dem Tode tief erschüttert, in der Bevölkerung herrscht allgemeine Entrüstung. — Der Ministerrath beschloß, die Leichenfeier für Bulkovitsch auf Staatskosten zu veranstalten. Die Leiche wird dem Wunsche des Verstorbenen entsprechend in der Familiengruft zu Philippopol beigesetzt werden. — Die Regierung entsendet eine Beamten-Deputation nach Konstantinopel, um die Leiche Bulkovitsch' nach Philippopol zu geleiten.

Angelommene Fremde.

Posen, 29. Februar.

Hotel de Rome. — I. Westphal & Co. Die Kaufleute Jannat a. Stettin, Kamper a. Neufz a. Rh., Graeb, Mörlius, Elisch, Dewald, Lippmann, Brandt, Dzialoczyński, Spießstüber, Joseph u. Niemann a. Berlin, Meyer a. Elberfeld, Noack a. Wadgassen, Ortmann a. Nürnberg, Löwenberg a. Kulmsee, Kosseck a. Guben, Schmidt u. Arndt a. Köln, Schulz u. Neubert a. Blauen, Gereth a. Hanau, Hinrichs a. Hüdeswagen u. Ohnstein a. Bleichen, Fabrikant Scherbel, prath. Arzt Dr. Kammüller u. Ingenieur Krause a. Berlin, Stadtrath Ramek a. Sommerfeld, Landwirth Kunz a. Jaraczewo, Thierarzt Krupinski a. Czempin, Frau Dr. Karbaum a. Bunzlau, cand. med. Karbaum a. Breslau, Frau Bassenheim a. Bünz.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Baarh m. Tochter a. Modze, Gribel a. Napachanie, Graf von Czarnecki a. Ratkow, Graf v. Potocki a. Galizien u. von Szaniawski a. Miechorzec, Lieutenant Graf v. Rothfisch m. Frau a. Mittsch, Direktor Petersberg a. Dresden, Ingenieur Heufer aus Berlin, Inspektor Gehring a. Gräben, Fabrikant Henroth aus Hamburg, die Kaufleute Brüsten u. Großmann a. Berlin, Mühlensl. a. Ottensen, Lavand a. Breslau, Kotelmann a. Stettin und Klaus a. Glogau.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Fürst Czartoryski und Frau a. Sielec, v. Skrzylowski u. Frau a. Chociszyn, v. Chłapowski a. Lutynia, v. Niemojewski a. Ilce, v. Bieganski a. Potulic, Lubitschi-Piotrowski a. Topolno, Graf Czarnecki a. Rusko, Graf Melzunski a. Litau, Böning u. Frau a. Polozajewo, Kaczorowski a. Wreschen, v. Bischlinski a. Twardowo, Frau Hulewicz, Bernau u. Frau a. Kolatschko, Arzt Dr. Wieczorek u. Frau a. Gnesen, Kaufmann M. Jacobsohn a. Dresden.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Schlenkert, Branef u. Berliner a. Berlin, Schenk a. Neuköllnhausen i. Westf., Hornberger a. Stuttgart, Hohberg a. Gräben, Röberstein a. Hamburg, Rischewsky a. Tarnowitz i. Ungarn, Gotchalski u. Gräfniel a. Leipzig, Kamps a. Brandenburg a. H., Dr. Ginsberg a. Breslau.

J. Graetz's Hotel "Deutsches Haus" vormals Langner's Hotel. Die Kaufleute Kahn a. Karlsruhe, Brandt, Römer u. Frau, Leyser, Punert u. Frau a. Berlin, Grodski a. Strasburg i. Pr., Gotha u. Frau a. Nürnberg, Zimmer u. Frau a. Breslau, Meyer aus Magdeburg, Wellenberg a. Oranienburg, Lehrer Stumpf a. Neustadt bei Pinne, Ingenieur Kurzmann a. Schweidnitz, Privatier Lehmann a. Berlin, Landwirth Brodiński a. Niechadowie.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Die Kaufleute Fritsche a. Neustadt i. Schl., Böhme a. Breslau, Mühlbrach a. Trossen, Hoffmann, Glauch u. Weise a. Dresden, Schulz a. Berlin u. Fechner a. Trier, Förster Bleichroth a. Ostrowies, Ingenieur Lehmann a. Hamburg, Privatier Hartmann aus Breslau, Bezirkfeldwebel Reichmann a. Ostrowo u. Zahlmeister Alpirant Naaz a. Thorn.

Theodor Jahns Hotel garni. Verf.-Inspektor A. Schönenmark a. Berlin, Stud. phil. P. Hey a. Breslau, Stud. techn. A. Besta a. Bonn, die Kaufleute Louis Krebs a. Chemnitz, Max Krebsner a. Stettin, Carl Schmidt a. Cottbus, M. Zucker a. Berlin, S. Golinski a. Breslau, E. Groß a. Jerlohn.

Marktberichte.

Bromberg, 26. Febr. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 200—210 M., geringe Qualität 180—199 M., feinster über Notti. — Roggen 204—214 M., geringe Qualität 185 bis 203 M., feinster über Notti. — Gerste 150—165 M., Braugerste 165—170 M. — Erbsen Futter 150—160 M., Kocherbsen 161—190 M. — Hafer 150 bis 165 M. — Lupinen 65—85 M. — Spiritus 50er 64,25 M., 70er 44,75 M.

Breslau, 27. Febr. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht). Roggen p. 1000 Kilo — Gef. — Etr. abgelaufene Ründigungsschäfte — Febr. 221,00 Br. p. April-Mai 220,00 Br. Hafer (p. 1000 Kilo) p. Febr. 148,00 Br. Rübs 51 (p. 100 Kilo) p. Febr. 58,50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Proz.) ohne Fak: exkl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe gefündigt — Butter, p. Febr. (50er) 63,00 Gd. Febr. (70er) 43,50 Gd. April-Mai 44,50 Gd. Juli-August 46,50 Gd. August-September 46,50 Gd. Binf. Ohne Umsatz.

Die Börsenkommission.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind. W. in d.	Wetter. Temp. i. Celz Grad
27. Nachm. 2	761,0	O mäßig	heiter + 6,1
27. Abends 9	759,1	O schwach	heiter + 1,3
28. Morgs. 7	717,5	O mäßig	leicht bewölkt + 1,9
28. Nachm. 2	756,5	O mäßig	heiter + 2,8
28. Abends 9	756,2	No mäßig	heiter - 0,2
29. Morgs. 7	755,3	O schwach	bedeckt + 0,8

¹⁾ Früh Reif.

Am 27. Febr. Wärme-Maximum + 6,2° Celz.
Am 27. = Wärme-Minimum - 1,9° =
Am 28. = Wärme-Maximum + 2,9° =
Am 28. = Wärme-Minimum - 2,6° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 27. Febr. Mittags 2,88 Meter.
= 28. = Morgens 2,74 =
= 29. = Morgens 2,72 =

Produkten- und Börsenberichte.

Börsenkurse.

Breslau, 27. Febr. Unbelebt.
Neue Proz. Reichsschulde 84 10, 3½ proz. L.-Pfandbr. 96,85, Konsol. Türk. 18,65, Türk. Loos 75,70, 4proz. ung. Goldrente 92,60, Bresl. Discontoobant 92,75, Breslauer Wechslerbank 94,50, Kreditbanken 170,40, Schles. Bankverein 109,00, Donnersmarckhütte 76,00, Flößer Maschinenbau — Katowitzer Altten-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 121,25, Oberchles. Eisenbahn 52,75, Oberchles. Portland-Zement 95,25, Schles. Cement 130,50, Oppeln. Zement 101,75, Schles. Dampf. C. —, Kramfia 118,00, Schles. Glashütten 190,75, Laurahütte 101,90, Verein. Oelsfabr. 88,75, Österreich. Banknoten 172,80, Russ. Banknoten 200,80, Giebel 102,50.

Frankfurt a. M., 26. Febr. (Schlußkurse). Schwach.
Bund. Wechsel 20,395, 4proz. Reichsanleihe 106,70, österr. Silberrente 81,10, 4½ proz. Papierrente 81,40, do. 4proz. Goldrente 95,40, 1860er Loos 123,90, 4proz. ungar. Goldrente 92,40, Italiener 89,70, 1880er Russen 92,20, 3. Orient. 63,30, unif. Egypt. 95,70, t. Turk. 18,70, 4proz. türk. Ans. 88,10, 3proz. port. Ans. 28,00, 3proz. jerb. Rente 77,60, 5proz. amort. Rumäniens 96,60, 6proz. Konz. Mexik. —, Böh. Weißb. 302, Böh. Nordbahn 159, Franzosen 246, Galliér 182, Gotthardbahn 135,70, Lombardbahn 75, Lübeck-Büchen 147,00, Nordwestbahn 179, Kreditbanken 263, Darmstädter 122,20, Mitteld. Kredit 96,80, Reichsb. 146,50, Dist. Kommandit 178,50, Dresden. Bank 131,80, Barlser Wechsel 80,90, Wiener Wechsel 172,32, serbische Tabaksrente 78,50, Bochum. Gußstahl 110,00, Dortmund. Union 51,20, Harpener Bergwerk 135,40, Hibernia 121,50, 4proz. Spanier 61,70, Mainzer 112,10, Privatdiskont 2 Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditbanken 263, Dist.-Kommandit 178,60, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —.

Wien, 27. Febr. Kreditbilanz einschlüssig, auf Berlin schwach, Bahnen infolge andauernder Gerüchte über Transport-Steuer gedrückt, Renten ruhig.

28^{3/4} Pf., März 35^{3/4} Pf., April 35 Pf., Mai 36^{1/4} Pf., Juni 36^{1/4} Pf., Juli 37 Pf.
Schmalz Ruhig. Wilcox — Pf., Armour 35^{1/4} Pf., Rohe — Pf., Fairbanks 31^{1/2} Pf.
Spec short clear middl. Still. 33^{1/4} Br.

Hamburg, 27. Febr. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holst. loko neuer 210—216. — Roggen loko ruhig, medlerb. loko neuer 215—220, ruff. loko ruhig, neuer 188—190. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Kübel (unverz.) ruhig, loko 58,00. Spiritus ruhig, per Febr.-März 35^{1/4} Br., per März-April 35^{1/4} Br., p. April-Mai 35^{1/4} Br., per Mai-Juni 35^{1/2} Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 1000 Sad. — Petroleum ruhig. Standard white loko 6,35 Br., p. März 6,15 Br. — Wetter: Schön.

Hamburg, 27. Febr. Kaffee. (Nachmittagsbericht) Good average Santos per März 67^{1/4}, per Mai 67^{1/4}, per Juli 64^{1/2}, pr. Sept. —, p. Nov. 62^{1/2}. Ruhig.

Hamburg, 27. Febr. Badermarkt (Schlußbericht). Rübenerzucker I. Produkt Bafis 88 p.Ct. Rendement neue Wance, frei an Bord Hamburg v. Febr. 14,15, v. März 14,15, v. Mai 14,42^{1/2}, p. August 14,75. Flau, später etwas erholt.

Best, 27. Febr. Produktenmarkt. Weizen loko flau, ver Frühjahr 10,39 Gd., 16,41 Br., per Herbst 9,29 Gd., 9,31 Br. Hafer p. Frühjahr 5,82 Gd., 5,85 Br. — Neu-Mais p. Mai-Juni 5,41 Gd., 5,43 Br. — Kohlraps p. Aug.-Sept. 13,25 Gd., 13,35 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 27. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Weizen ruhig, p. Februar 25,60, p. März 25,70, o. März-Juni 26,10, v. Mai-August 26,60. — Roggen ruhig, per Februar 19,20, per Mai-Aug. 18,90. — Mehl träge, p. Febr. 54,80, v. März 55,25, p. März-Juni 55,90, p. Mai-Aug. 56,80. — Kübel (unverz.) ruhig, p. Febr. 54,75, v. März 55,25, p. März-Juni 56,25, pr. Mai-Aug. 57,25. — Spiritus träge, p. Febr. 46,75, p. März 46,00, p. März-April 46,00, p. Mai-August 44,75. — Wetter: Schön.

Paris, 27. Febr. (Schlußbericht) Rohzucker ruhig, 88 p.Ct. loko 38,50. Weizen Bader ruhig, Nr. 3 per 100 Kilo v. Febr. 39,37^{1/2}, p. März 39,37^{1/2}, p. März-Juni 39,75, p. Mai-Aug. 40,25.

Gavre, 27. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß unverändert.

Rio 23 000 Sad, Santos 17 000 Sad für gestern.

Gavre, 27. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.), Kaffee good average Santos, p. März 90,50, p. Mai 87,50, p. Sept. 83,25. Ruhig.

Antwerpen, 27. Febr. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer ruhig. Gerste unbelebt.

Antwerpen, 27. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht) Kraftstoffe Type weiß loko 16 bez. und Br., v. Febr. — Br., p. März 15^{1/4} Br., p. Sept.-Dez. 15 Br. Ruhig.

Antwerpen, 27. Febr. Wolle. (Telegr. der Herren Wilsens u. Comp.) Wolle. La Plata-Bug, Type B, per März 4,15, Mai-Juni 4,25, August —, Okt. 4,32^{1/2}, Ruhig.

Amsterdam, 27. Febr. Pancatina 53^{1/4}.

Amsterdam, 27. Febr. Java-Kaffee good ordinary 54.

Amsterdam, 27. Febr. Getreidemarkt. Weizen p. März 236, p. Mai 243. Roggen p. März 221, p. Mai 228.

London, 27. Febr. 96 p.Ct. Javazucker loko 16^{1/2}, ruhig. Rübenerzucker loko 14^{1/2} ruhig. — Wetter: Leichter Nebel.

Liverpool, 27. Febr. Baumwolle. (Anfangsbericht) Muthmaschlicher Umsatz 7 000 Ball. Ruhig. Tagesimport 23 000 Ballen.

Liverpool, 27. Febr. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 7 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Middl. amerikan. Lieferungen: Ruhig.

Liverpool, 27. Febr. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 7 000 B., davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen. Unverändert.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 34^{1/2} R., Käuferpreis, April-Mai 34^{1/2} do., Mai-Juni 35^{1/2} R., Verkäuferpreis, Juni-Juli 35^{1/2} R., Käuferpreis, Juli-Aug. 35^{1/2} R., Verkäuferpreis, August-Sept. 35^{1/2} do., Sept.-Okt. 4 d. do.

Newyork, 26. Febr. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshäfen 129 000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 39 000 Ballen, Ausfuhr nach dem Continent 62 000 Ballen. Vorrath 1 206 000 Ballen.

Newyork, 27. Febr. (Anfangsbericht) Petroleum Pipeline certificates per März 58^{1/2}. Weizen per Mai 103^{1/4}.

Newyork, 27. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 7^{1/2}, do. in New-Orleans 6^{1/2}. Rafl. Petroleum Standard white in New-York 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Röhres Petroleum in Newyork 5,70, do. Pipeline Certificates p. März 57^{1/2}. Ziemlich fest. Schmalz loko 6,75, do. Rohe u. Brothers 7,10. Buder (Farr refining Muscovados) 3. Rafl. (Mem) p. März 49^{1/2}, p. April 49^{1/2}, p. Mai 49^{1/2}. Rother Winterweizen loko 107^{1/2}. Kaffee Rio Nr. 7, 15 nom. Mehl 4 D. — C. Getreidefracht 3^{1/2}, — Kupfer 10,65. Rother Weizen per Febr. 104^{1/2}, März 104^{1/2}, p. April 104^{1/2}, p. Mai 102^{1/2}. Kaffee Nr. 7 low ord. p. März 13,67, p. Mai 12,87.

Weizen Anfangs fest und steigend, später Reaktion, Schlüttreäge. Mais durchweg fest.

Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 10 852 295 Dollars, gegen 10 593 413 Dollars in der Vorwoche, davon für Stoffe 3 138 952 gegen 3 173 722 Dollars in der Vorwoche.

Chicago, 27. Febr. Weizen p. Febr. 88^{1/2}, p. Mai 90^{1/2}. Mais p. März 41. Spec short clear 6,25. Port p. März 11,10. Weizen eröffnete fest, fiel aber bald wieder. Mais Anfangs fest, später trat eine Abschwächung ein, Schlüttreäge.

Berlin, 28. Febr. Wetter: Schön.

Newyork, 27. Febr. Weizen p. Febr. 104^{1/2}, C., p. März 104^{1/2} C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 27. Febr. Die heutige Börse eröffnete wieder in schwacher Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kurzen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls wenig günstig und boten geschäftliche Unregung in keiner Beziehung dar.

Hier entwickelte sich das Geschäft bei fortwährender Zurückhaltung der Spekulation ruhig, und die Tendenz blieb auch weiterhin schwach; erst gegen Schluss ließ sich eine mäßige Befestigung infolge von Deckungskäufen beobachten.

Der Kapitalsmarkt bewahrte ziemlich feste Haltung für heimische solide Anlagen bei normalen Umsätzen; Reichs- und Preußische Staats-Anleihen fester; neue Sprozentige Anleihen zu etwas höherer Notiz lebhafter.

Fremde festen Zins tragende Papiere erwiesen sich ziemlich fest, aber ruhig; Ungarische Goldrente fest, Stalstener schwach, Russische Noten behauptet.

Der Privatdiskont wurde mit 1^{1/2} Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien zu etwas abgeschwächter Notiz mäßig lebhaft um; Franzosen und Lombarden schwächer; Buschthaler matter, andere österreichische Bahnen wenig verändert; Schweizerische Bahnen behauptet und sehr ruhig.

Inländische Eisenbahnen ziemlich fest, aber still. Bankaktien lagen schwach und ruhig; die spekulativen Devisen zumeist nachgebend und wenig belebt. Aktien der Deutschen Bank fester.

Industriepapiere still und schwach, auch Montanwerke wenig belebt und matter, namentlich Aktien der Laurahütte und Dortmunder Union St.-Br.

Produkten-Börse.

Berlin, 27. Febr. In Newyork gab der Preis für Weizen gestern um 5^{1/2} C. nach. Am heutigen Getreidemarkt herrschte heute eine fast vollständige Zurückhaltung; infolge Mangels an Aufträgen war das Geschäft sehr gering. Die Preise für Weizen und Roggen bröckelten nicht unwesentlich ab. Hafer stellte sich bei kleinen Umsätzen etwas billiger. Roggenmehl still und in schwacher Haltung.

Rüböl weichend. In Spiritus war die Lokozufuhr wieder sehr knapp und wurde zu wenig veränderten Preisen geräumt. Termine setzten bei stiller Geschäft kaum behauptet ein; später zeigte sich starke Deckungslust und bei Mangel an Abgebern zogen die Preise über den gestrigen Schlupfpreis an.

Weizen (mit Ausschluß von Haubweizen) p. 1000 Kg. Lofoster. Termine still. Gefündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Loto 202—222 Mf. nach Qualität. Lieferungsqualität 205 Mf., v. diesen Mon. — M., p. April-Mai 202,25—202,75 bez., per Mai-Juni 204—204,75 bez., per Juni-Juli 205,5—206,25 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loto matter. Termine niedriger. Gel. — To. Kündigungspreis — M. Loto 206—215 M. nach Dual. Lieferungsqualität 212 Mf., inländ. guter 211—213 ab Bahn bez., per diesen Monat —, per April-Mai 216,5—215,5 bez.

Kaffee Nr. 7 low ord. p. März 13,67, p. Mai 12,87. Kaffee und kleine 145—195 M. nach Dual. Futtergerste 146—164 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loto matt. Termine niedriger. Gefündigt — To. Kündigungspreis — M. Loto 153—178 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 157 Mf. Bombe, preuß. und schles. mittel bis guter 155—163, hochfeiner 173—174 ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat 154 bez., per April-Mai 154,5 bis 153,75—154 bez., per Mai-Juni 154,5 M., p. Juni-Juli 155 bez.

Mais p. März 41. Spec short clear 6,25. Port p. März 11,10. Weizen eröffnete fest, fiel aber bald wieder. Mais Anfangs fest, später trat eine Abschwächung ein, Schlüttreäge.

Berlin, 28. Febr. Wetter: Schön.

Newyork, 27. Febr. Weizen p. Febr. 104^{1/2}, C., p. März 104^{1/2} C.

Rüböl p. 100 Kilo mit Fak. Matter. Gefündigt — Str.

Kündigungspreis — M. Loto mit Fak — M., los ohne Fak — M., per diesen Monat —, per Febr.-März —, per März-April —, per April-Mai 118,5—118 bez., per Mai-Juni —, bez., per Juni-Juli 168—175 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sad. Termine matt. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — M., per diesen Monat 29,9 M., p. Febr.-März —, per April-Mai 29,4 bez., per Mai-Juni 29,1 bez., per Juni-Juli 28,65 bez., per Juli-August —.

Erbösen p. 1000 Kilo. Kochwaren 190—240 M., Futterwaare 168—175 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sad. Termine matt. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — M., per diesen Monat 29,9 M., p. Febr.-März —, per April-Mai 29,4 bez., per Mai-Juni 29,1 bez., per Juni-Juli 28,65 bez., per Juli-August —.

Rüböl p. 100 Kilo mit Fak. Matter. Gefündigt — Str.

Kündigungspreis — M. Loto mit Fak — M., los ohne Fak — M., per diesen Monat —, per Febr.-März —, per März-April —, per April-Mai 55—54,5—54,7 bez., per Mai-Juni —, p. September-Oktober 55—54,8 bez.

Trockene Kartoffelfäste p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. Loto 33,00 M. — Feuchte dgl. p. solo 18,60 M.

Kartoffelmehl v. 100 Kilo brutto inkl. Sad. Loto 33,00 M.

Petroleum. (Raaffinirtes Standard white) p. 100 Kilo mit Fak in Posten von 100 Str. Termine —. Gefündigt — Kilo. Kündigungspreis — M. Loto — M., p. diesen Monat — M., per Febr.-März —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Loto ohne Fak 65,3 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Loto ohne Fak 45,8 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Loto mit Fak —, p. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Still. Gel. — Str. Kündigungspreis — M. Loto — M., per diesen Monat 45,7 bez., per Febr.-März —, per März-April —, per April-Mai 45,8—46,1—45,9 bez., per Mai-Juni 46,1 bez., per Juni-Juli 46,4—46,6—46,4 bez., p. Juli-Aug. 46,8—47—46,9 bez., per Aug.-Sept. 46,9—47,1—47 bez., per Sept.-Oktober 44,6 bis 44,8—44,7 bezahlt.

Weizenmehl Nr. 0 29,5—27,5, Nr. 0 27,25—25,25 bez.

Keine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 30,00—29,00 bez., do. keine Marken

Nr. 0 u. 1 31,25—30,00 bez., Nr. 0 1^{1/2}, M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. inkl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1. Doll. = 4^{1/2} M. 1. Rub. = 3 M. 20 Pf. 1 fl. südd. Wöster. = 12 M. 1 fl. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. 1 M. 7^{1/2} Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1^{1/2} Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v27.Feb.	Brnsch. 20. T.L. — 105,40 B.	Brnsch. Hyp.-Pf. 4^{1/2} 102,60 G.	Warsch.-Ter. 5 96,25 bz	do. Gold-Prior. 5 217,00 bz	Pr.Hyp.-Bl. (rz 120) 4^{1/2} 5	Gauges.